

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

nicht erst unter dem aktuellen Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) jonglieren Deutschlands Finanzhüter mit unseren Staatsschulden so virtuos, daß selbst aufmerksame Beobachter kaum mehr zwischen Schein und Sein unterscheiden können. „Sondervermögen“ heißt dabei das auch schon von Lindners Vorgängern stets dann bemühte „Zauberwort“, wenn es um eine krachende Staatsneverschuldung geht, die nicht als solche kenntlich gemacht werden soll. Doch auch hier gilt – so viel sei vorweggenommen – die alte Regel, daß übermütiger Konsum zwangsläufig zu einem späteren Kater führt.

Schon jetzt gibt es 27 Sondervermögen, mit denen der öffentlichen Hand hohe Kreditermächtigungen ausgesprochen wurden, die sich dann nicht im offiziellen Staatshaushalt wiederfinden. So gibt es z.B. Sondervermögen für „das Klima“, Flut- und Corona-Opfer, für die Digitalisierung der Schulen, für Investitionen in die Kinderbetreuung und in die Eisenbahn, für die Förderung der Binnenschifffahrt oder den Bergarbeiterwohnungsbau. Die damit verbundenen Kredite belaufen sich aktuell auf mehr als 130 Mrd. € und tauchen im regulären Bundeshaushalt, der als Basis für die Berechnung der Einhaltung der sogenannten Maastricht-Kriterien dient, nicht auf. Und jetzt dürften in Form des Bundeswehr-Sondervermögens in den nächsten Jahren noch weitere 100 Mrd. € hinzukommen.

Es sind sozusagen „diskrete“ Schulden, die bei der Beurteilung der Finanzlage unseres Staates keine Berücksichtigung finden. Wäre unser Vater Staat ein Alkoholiker, ginge er zum Trinken gewissermaßen in den Keller, damit wir es nicht sehen und er seine Droge (in diesem Fall immer neues Geld) gleichwohl zu sich nehmen kann.

Und als wäre dies nicht genug, kommt es noch schlimmer: Einige dieser Sondervermögen sind selbst mit dem Recht ausgestattet, über den ursprünglich vereinbarten Rahmen hinaus weitere Kredite aufzunehmen. Dies gilt u.a. für den während der Finanzmarktkrise eingerichteten Stabilisierungsfonds, für den Investitions- und Tilgungsfonds (aus dem seinerzeit z.B. die Auto-Abwrackprämie finanziert wurde), für den Wirtschafts-Stabilisierungsfonds („Corona“) und nach aktueller Planung auch für das neue Sondervermögen Bundeswehr. Mit 100 Milliarden muß hier also, salopp ausgedrückt, noch lange nicht Schluß sein.

Ordentliche Kaufleute und Unternehmer würden sich in dieser Lage sofort fragen, wie dieses ganze Geld einmal zurückgezahlt werden soll? In Berlin ficht dies aber praktisch niemanden an. Konkrete Tilgungspläne gibt es nicht, und bei den ersten Sondervermögen noch vereinbarte Tilgungsoptionen ließ man bisher ungenutzt verstreichen. Böse gedacht muß man vermuten, daß die hierfür verantwortlichen Politiker schon seit einiger Zeit auf die „heilende Kraft“ der Geldentwertung hoffen, die den Staat von seinen Schulden sukzessive befreit und die Sparer um ihr Vermögen bringt. Es werden also nur Zinsen gezahlt, was bei einem wieder höheren Zinsniveau allerdings auch schon zu einer erheblichen Mehrbelastung führen wird. Unbeantwortet ist auch die Frage, wie die mit manchen Anschaffungen zukünftig verbundenen Unterhaltskosten aufgebracht werden sollen. Denn jede Investition in z.B. die Digitalisierung der Schulen oder in die Waffensysteme der Bundeswehr zieht erhebliche Folgekosten nach sich. Eine unter seriösen Kommunalpolitikern kursierende Faustformel besagt etwa, daß jede Neuinvestition in den Gebäudebestand einer Kommune deren jährliche Unterhaltsaufwendungen (Hausmeister, Energieverbrauch, Wartung etc.) um bis zu 10 % des Investitionsbetrages erhöht.

Finanzpolitisch stufen manche Beobachter die Bildung immer neuer Sondervermögen als hochgefährlich ein. Denn anstatt tatsächlich vorhandenes Vermögen auszuweisen, dienen sie doch in erster Linie nur einer Verschleierung der Realität. Um Deutschlands Finanzen steht es bei Licht betrachtet deshalb noch schlechter, als es die reinen Zahlen befürchten lassen! (tb)

2 **Neue russische Interkontinentalrakete ab Herbst einsatzbereit**

Laut dem Leiter der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos, Dmitri Rogosin, wollen die russischen Streitkräfte ihre neue Interkontinentalrakete „Sarmat“ noch in diesem Herbst in Dienst stellen. Zur Zeit werden die letzten Tests absolviert. Präsident Wladimir Putin nutzte vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges den jüngsten Teststart für eine Warnung an den Westen: Die neue Waffe könne alle Arten der gegnerischen Raketenabwehr durchbrechen, ließ er durchblicken. „Sarmat“ soll eine Reichweite von 18 000 Kilometern erreichen und kann mit atomaren Sprengköpfen versehen werden. Aufgrund der großen Reichweite könnten ihre Flüge sowohl über den Nord- als auch den Südpol erfolgen und die Rakete könnte dabei jedes Land auf der Erde erreichen. (tb)

3 Streit um Twitter

Die auch als „Nachrichtendienstersatz“ genutzten, sogenannten sozialen Medien wie WhatsApp und Twitter haben seit den von den Betreibern ergriffenen Zensurmaßnahmen bereits massiv an Bedeutung verloren. Zunächst wurden von den Diensten sämtliche Inhalte im Vorfeld der US-Präsidentenwahl zensiert, wenn es z. B. um vermutlich kriminelle Aktivitäten des Biden-Clans ging (die bestrittenen Gerüchte scheinen sich nun zu bestätigen), wenn sie politisch unerwünschte Aussagen des damaligen US-Präsidenten betrafen oder wenn Informationen als für das vorgegebene Corona-Narrativ gefährlich eingestuft wurden. Interessanterweise geschah dies alles weltweit gegen den Willen der damaligen US-Regierung und ohne richterliche Beschlüsse. Es war das erste Mal, daß private Unternehmen nicht nur gleichgeschaltet wurden, sondern politische Narrative einseitig propagierten und sämtliche dafür hinderliche Inhalte und Beiträge verhinderten. Genau so, wie es George Orwell in seinem Buch „1984“ als eine Katastrophe für die Freiheit und als Schreckgespenst für uns alle darstellte. Erschreckenderweise geschieht diese Zensur fast in Echtzeit und sie beinhaltet sogar Videoinhalte. Das belegt, daß eine gewaltige Überwachungs- und Analyserechenkapazität sämtliche Beiträge der Nutzer sozialer Medien permanent überwacht, analysiert und bei Missfallen zensiert.

Da es nur wenige nicht zentral kontrollierte Dienste dieser Art gibt (zu denen z.B. „Telegram“ zählt), gelang es u.a. per WhatsApp und Twitter tatsächlich, zu den verschiedensten politischen Themen eine einheitliche und recht einseitige Meinung zu indoktrinieren. Als Kehrseite der Medaille erweist sich für die betroffenen Dienste allerdings nun, daß sich immer mehr Menschen von den durch Zensur auffallenden Diensten verabschieden und zu den wenigen verbliebenen freien Anbietern wechseln. Selbst Versuche u.a. der EU-Kommission, auch die noch unabhängigen Dienste zur Überwachung und Meinungszensur zu zwingen, verhinderten die Abkehr vieler Nutzer von „WhatsApp, Twitter & Co.“ nicht. Mittlerweile ist die Nutzung dieser „Zensurmedien“ so weit zurückgegangen, daß ihre ohnehin oft weit überhöhten Börsenwerte gar nicht mehr gerechtfertigt werden können. Zwar haben viele Nutzer ihr sogenanntes „Konto“ aufrechterhalten, nutzen den Dienst aber nicht mehr häufig. Insofern ist diesen „Überwachungsdiensten“ und ihren „interessierten“ Auftraggebern ein wichtiges Überwachungs- und Meinungsbildungsmedium abhandengekommen.

Vor dem Hintergrund dieser katastrophalen und auch gegen die Interessen der Aktionäre gerichteten Zensurpolitik hat der derzeit als „reichster Mann der Welt“ geltende Elon Musk den verbliebenen Twitter-Aktionären ein für ihn sehr kostspieliges Übernahmeangebot unterbreitet. Das Gesamtunternehmen würde dabei trotz sinkender Nutzerzahlen und Akzeptanz mit einem Rekordwert von 43 Mrd. US-Dollar bewertet.

Doch dagegen scheinen sich mehrere Eigentümer massiv zu wehren, die lieber im Verborgenen bleiben wollen: Ihnen ist die Meinungszensur auf Twitter offenbar wichtiger als der Fortbestand des Unternehmens. Elon Musk dagegen würde die Zensur beenden und damit Twitter zurück auf Erfolgskurs bringen. Es wird nun interessant sein zu beobachten, ob sich Musk mit seinem Übernahmeangebot endgültig durchsetzen kann. (eh)

4 Shanghai schloß wegen Corona

Wieder einmal hat die kommunistische Partei Chinas einen der wichtigsten Wirtschaftsstandorte für die westliche Welt in China, die Stadt Shanghai wegen der Corona-Pandemie geschlossen. Die Stadt befindet sich im Lockdown und ähnelt seit Mitte April einer Geisterstadt. Die Schließung erfolgte zu einem für die westlichen Industriestaaten überaus ungünstigen Zeitpunkt. Viele Industriebetriebe in den USA und Europa leiden nun unter ausbleibenden Zulieferteilen, die ersten Bänder – speziell in der Automobilindustrie – standen bereits still.

Mit voller Wucht erfahren die USA und Europa nun die möglichen Folgen ihrer selbst gewählten Abhängigkeit vom kommunistischen China. Es war eine grün-sozialistisch ideologisierte Verhinderungspolitik, die viele Betriebe dazu brachte, mit Teilen ihrer Produktion unter anderem nach China abzuwandern. Die Konzerne schienen sich über diese Sabotagepolitik wenig zu ärgern, weil der Zukauf aus China vorübergehend günstiger und damit für die Konzerne ohnehin renditeträchtiger war. Durch die aktuellen Lieferunterbrechungen aus China, die sich im Falle eines Taiwan-Krieges verstetigen könnten, treten nun die daraus resultierenden Versorgungsabhängigkeiten zutage, welche die gesamte Produktion vieler multinational operierender Unternehmen gefährden können.

Kurzfristige Abhilfe ist nicht in Sicht. Eine Rückholung mancher Fertigungsbranche von China ist gar nicht mehr problemlos möglich, weil mit der Fertigung an sich auch das erforderliche Know-how nach China abwanderte. Zudem fehlen heute in den USA und Europa arbeitswillige und fähige Menschen, die benötigt würden, um frühere Lieferketten wieder aufzubauen. Die linksgrüne Zerstörungspolitik bei Bildung und Arbeitseinstellung sowie eine Negativauslese im Hinblick auf die Einwanderungspolitik tun hier noch ihr Übriges. Es sind diese und weitere kleine Details aus der realen Wirtschaftswelt, die nicht zuletzt auch der Great Reset-Utopie von Klaus Schwab und seinen Jüngern wie Ursula von der Leyen und der gesamten Bundesregierung ihre Praxisuntauglichkeit aufzeigen können. (eh)

5 Keine „dauerhafte behördliche Zulassung“ für Covid-Impfstoffe?

„Wallstreet:online“ berichtete kürzlich, daß sich die Träume der Pharmafirma Biontech bezüglich einer dauerhaften Zulassung ihres Corona-Impfstoffes womöglich nicht erfüllen lassen. Dieses Vakzin – und die aller anderen Hersteller bekanntlich auch – darf bis heute in den USA und auch Europa nur aufgrund einer Ausnahmegenehmigung verabreicht werden, bei der es u.a. für die Prüfung auf Wirksamkeit und mögliche Nebenwirkungen zu Erleichterungen gekommen war. Wir zitieren „Wallstreet:online“ im Folgenden wörtlich:

„Biontech arbeitet nach eigenen Angaben an Corona-Impfstoffen, die auch gegen Covid-Mutationen wirken sollen. Trotzdem mußte Biontech vor der US-Börsenaufsicht SEC zugeben, daß die Wirksamkeit seines aktuellen Corona-Impfstoffes eventuell nicht für eine dauerhafte behördliche Zulassung ausreichend sein könnte: ‚Wir könnten nicht in der Lage sein, eine ausreichende Wirksamkeit oder Sicherheit unseres Covid-19-Impfstoffes und/oder variantenspezifischer Formulierungen nachzuweisen, um eine dauerhafte behördliche Zulassung in den Vereinigten Staaten, Großbritannien, der Europäischen Union oder anderen Ländern zu erlangen, in denen der Impfstoff für den Notfalleinsatz zugelassen oder eine bedingte Marktzulassung erteilt wurde.“ (tb)

6 Frankreich: Macron bleibt – die Probleme auch

In Frankreich hat es für Staatspräsident Emmanuel Macron eher knapp zur Wiederwahl gereicht. Das verdankt er vor allem seinen Wählern in den großen Städten und den Rentnern des Landes, denen es in Frankreich materiell noch vergleichsweise gut geht. Offenbar, diese Lehre ziehen manche Beobachter wieder einmal aus dem Wahlausgang, bedarf es in parlamentarischen Demokratien recht großer Verwerfungen, um neuartige Mehrheiten und alternative Regierungen zu generieren. Ob Inflation und Ukraine Krise mittelfristig hierzu doch noch in der Lage sein werden, wird nun die Zukunft zeigen.

Tatsächlich war aber die gegenwärtige Inflation schon ein Faktor, der Macrons Konkurrentin Marine Le Pen geholfen hat. Mit einer geradezu abenteuerlichen Schuldenpolitik und dem Anzapfen jeder für Frankreich nur denkbaren EU-Geldquelle gelang es Macron noch einmal, seine potentiellen Wähler vor dem schlimmsten finanziellen Ungemach zu schützen. Inwieweit die anderen EU-Staaten, auch Deutschland, diese Politik in Zukunft noch mittragen und mitfinanzieren wollen und können, das bleibt aber abzuwarten.

Innenpolitisch wurde mit der Wiederwahl Macrons überhaupt nichts entschieden – im Gegenteil: Ihm stehen jetzt mehr denn je ein starker rechtsnationaler Block (um Marine Le Pen) und erhebliche linksnational bis linksextreme Kräfte (um Jean-Luc Mélenchon) gegenüber. Und natürlich hat sich durch die Präsidentschaftswahl auch nichts geändert an der islamischen Herausforderung, der viele französische Städte mehr denn je gegenüberstehen. Le Pen mag jetzt darüber enttäuscht sein, daß es für sie nicht zum Sieg reichte. Die kommenden Jahre könnten bei ihr aber zu einem Meinungsumschwung führen. Vielleicht ist sie dann froh darüber, daß jetzt doch noch Macron die „Suppe“ mit all den verschärften Problemen wird auslöffeln müssen, die er in seiner ersten Amtszeit nicht annähernd zu lösen vermochte. (tb)

7 Finnland, die NATO und das Åland-Archipel

Im Zuge der Ukraine Krise erwägen nun die bisher neutralen Länder Schweden und Finnland (das eine lange Landgrenze zu Russland unterhält), der NATO beizutreten. Inwieweit dies zu neuen diplomatisch-politischen Differenzen mit Moskau führen kann, ist unter den Beobachtern durchaus umstritten und soll an dieser Stelle deshalb nicht vertieft untersucht werden. Fest steht aber, daß – durch die „NATO-Brille“ gesehen – der nach Expertenauffassung gute Ausrüstungsstand der schwedischen Armee dem Bündnis ebenso guttun dürfte wie der angeblich ausgeprägte Kämpfergeist insbesondere der finnischen Soldaten.

Über den aktuellen Tag hinausdenkende Beobachter weisen aber bereits auf ein nicht zu unterschätzendes Problem hin. Es geht um das Archipel der mehr als 6000 Åland-Inseln, das am Eingang des Bottnischen Meerbusens zwischen Schweden und dem finnischen Festland liegt. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts grundsätzlich zum russischen Zarenreich gehörend, wurde aus dem Archipel beginnend mit dem Pariser Friedensvertrag von 1856, dem Genfer Abkommen von 1921 bis zu einem dritten Abkommen aus dem Jahr 1940 eine grundsätzlich entmilitarisierte Zone, die von der Sowjetunion bzw. jetzt Russland militärisch überwacht werden darf. Politisch ist das Gebiet eine der 19 finnischen „Landschaften“, die allerdings in vielen Bereichen einen Autonomiestatus genießt.

Finnlands nun möglicher NATO-Beitritt läßt nun erste Zweifel daran aufkommen, ob die Inselgruppe dann auch weiterhin ihren entmilitarisierten Status beibehalten wird. Dem noch bündnisfreien Finnland stehen bis jetzt jedenfalls das Recht und die Pflicht zu, das Gebiet gegen eventuelle Eindringlinge zu verteidigen. Je näher die Entscheidung über eine NATO-Mitgliedschaft Finnlands rückt, desto nachdrücklicher wird Russland ein Mitspracherecht bezüglich des weiteren Status' des Åland-Archipels fordern, in dessen Hauptstadt Maarianhamina ein russisches Konsulat arbeitet. (tb)

8 „Quereinsteiger“ Steffen Seibert

Der frühere Regierungssprecher von Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel, Steffen Seibert, soll nach verschiedenen Berichten neuer deutscher Botschafter in Israel werden. Daß mit dem früheren Fernsehjournalisten Seibert nun wieder einmal ein „Quereinsteiger“ Botschafter in Israel wird, hat in der Bundesrepublik bereits eine gewisse Tradition. Der erste Fall dieser Art ereignete sich 1971, als der langjährige Chefredakteur der SPD-Parteizeitung „Vorwärts“, Jesco von Puttkamer, unter Bundeskanzler Willy Brandt (ebenfalls SPD) mit diesem Amt betraut wurde. Bereits 1977 gelangte der nächste „Quereinsteiger“ mit SPD-Parteibuch auf diesen Posten, es war Klaus Schütz, der seit 1967 Regierender Bürgermeister von Berlin war. Im Jahr 2000 wagte sich mit Rudolf Dreßler wieder ein SPD-Politiker auf dieses diplomatische Parkett. Dreßler war 1998 bei der Besetzung der Ministerposten der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder leer ausgegangen und wurde nach mehr als einem Jahr nach Israel abgeschoben, wie es damalige Beobachter einschätzten.

Mit Seibert traf es nun ein CDU-Mitglied. Mit der diplomatischen Erfahrung der derzeitigen Botschafterin Susanne Wasum-Rainer wird Seibert nicht mithalten können. Sie wurde erstmals Botschafterin, nachdem sie 25 erfahrungsreiche Jahre im Höheren Dienst des Außenministeriums absolviert hatte. Seit dem Jahr 2018 ist sie in diesem Amt und vorher sammelte sie schon einmal Erfahrungen in Tel Aviv, damals als Kulturattachée. Als frisch bestellte Botschafterin konnte sie deshalb ihre erste größere Ansprache bereits in Hebräisch vortragen. Es sind große Fußabdrücke, auf denen sich Seibert wird bewähren müssen. (tb)

9 Habeck in Katar . . .

Der kürzliche Katar-Besuch von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wird vor allem wegen der tiefen Verbeugung in Erinnerung bleiben, die der deutsche Minister vor dem Terrorscheich absolvierte, damit Deutschland in einiger Zeit vielleicht einmal auf die Gas-Lieferliste des Scheichtums kommt. „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den dafür erforderlichen Verstand“, lautet sinngemäß ein geflügelter Spruch. War dies bei dem von Haus aus gewiss nicht dummen Philosophen Habeck nun auch der Fall, fragen sich manche Beobachter? Und noch viel intensiver stellen sich manche Kritiker die Frage, ob dem grünen Habeck Katars CO₂-Bilanz auch nur ansatzweise geläufig ist? Denn der Pro-Kopf-CO₂-Ausstoß Katars ist etwa viermal so hoch wie der Deutschlands. Verursacht u.a. durch die dortigen Gas-Verflüssigungsanlagen und den sehr hohen Lebensstandard, den der grüne Minister uns laut seinen jüngsten Äußerungen am liebsten madig machen würde . . . (tb)

10 Russisches Öl findet heimliche Abnehmer

Im Zuge der Ukraine Krise sind in der westlichen Welt auch Russlands Ölexporte zunehmend in die Diskussion geraten. Dabei gibt es Länder, die ihre Importe aus Russland schnell oder sukzessive einschränken bzw. beenden wollen und andere, die dieses Öl weiterhin beziehen möchten und das offen sagen. Und es gibt auch solche, die – aus welchen konkreten Gründen auch immer – weiterhin russisches Öl beziehen möchten oder müssen, dies aber nicht zugeben wollen.

Aufgefallen ist Letzteres erstmals dem „Wall Street Journal“, das sich dabei auf die Daten eines Internet-Portals berief, das mit der permanenten Verfolgung einzelner Öllieferungen zur Transparenz im Rohölhandel beizutragen versucht. Nach den Daten dieses Portals wird russisches Erdöl zunehmend zu zunächst „unbekannten Zielen“ verschifft. Allein in den letzten Wochen seien jedenfalls mehr als 11 Millionen Barrel Öl auf Tanker mit unbekanntem Zielhafen verladen worden. Russland dürfte damit mehr Öl an heimliche Abnehmer verkaufen als derzeit jedes andere Land, so das „Wall Street Journal“.

Das grundsätzliche Vorgehen ist eine schon ältere Praxis, derer sich in der Vergangenheit auch der Iran oder Venezuela bedienten. Die erste Verladung erfolgt dabei auf eher kleinere Tankschiffe mit „unbekanntem Ziel“, die auf hoher See dann ihre Ladung an größere Tanker abgeben. Die wahre Herkunft des russischen Öls ist damit weitgehend verschleiert, es ist sozusagen reingewaschen.

Währenddessen verdichten sich von Tag zu Tag die Hinweise immer mehr, daß man sich in der Europäischen Union auf ein EU-weites Embargo gegen russisches Öl verständigen wird, näheres ist bis zum Redaktionsschluß dieser „Vertraulichen“ aber noch nicht bekannt geworden. Die US-amerikanische Großbank JPMorgan warnte für diesen Fall bereits vor einem deutlichen Anstieg des Preises für das in Europa vorherrschende Brent-Rohöl um bis zu 65 %. Wenn die EU in der Ölfrage tatsächlich Ernst machen sollte, heißt es aus der Bank, müsse man sich in Europa auf „heftige Schmerzen“ einstellen. (tb)

11 Inflation und Sachwerte

Wer ganz einfach auf die Preisentwicklung für die Dinge des täglichen Lebens achtet, kennt wahrscheinlich die tatsächlich herrschende Inflationsrate weitaus besser als die ohne Zweifel hochqualifizierten Statistiker der Europäischen Zentralbank (EZB). Denn in die von diesen Experten offiziell ermittelte und veröffentlichte Inflationsrate gehen nicht nur harte Fakten ein – wie z.B. die prozentuale Preissteigerung –, sondern auch weiche Faktoren.

Immer wieder stellt sich z.B. die Frage nach der „richtigen“ Zusammensetzung des betrachteten Warenkorb. Die Konsumgewohnheiten und Vorlieben ändern sich schließlich ständig. Ein gutes Beispiel hierfür sind Tabakwaren, die vor geraumer Zeit noch einen erheblichen Anteil am Gesamtwarenkorb hielten. Doch der Tabakkonsum sank vor einiger Zeit recht schnell und deutlich – es stellt sich die Frage, ob die Statistik dieser Entwicklung genauso schnell folgte? Fehleranfällig ist auch das grundsätzlich nachvollziehbare Prinzip, die Preisentwicklung z.B. technischer Geräte mit deren Verbesserung zu gewichten. Die Statistiker müssen dabei u.a. beurteilen, ob ein z.B. im Preis um 10 % gestiegenes Gerät gleich gut geliebt ist (dann Inflationsrate = 10 %), ob es schlechter wurde (dann Inflationsrate von über 10 %) oder ob die Qualität oder Leistungsfähigkeit zunahm (dann Inflationsrate von unter 10 %). Es dürfte daher nach Auffassung mancher Ökonomen gar nicht möglich sein, die „tatsächliche“ Inflationsrate mit hinreichender Genauigkeit zu berechnen. Unsere subjektive Wahrnehmung – z.B. an der Supermarktkasse – ist deshalb nicht zu unterschätzen, sie wird im Regelfall zumindest die grundsätzliche Richtung bei der Geldwertentwicklung zuverlässig anzeigen. Und dies zur Zeit mit erschreckender Deutlichkeit!

Vor diesem Hintergrund sei an die Richtigkeit aller Investitionen in Sachwerte erinnert. Sei es physisches Gold, das am besten zu Hause sicher verwahrt werden sollte, oder seien es auch Wohnimmobilien, die aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren mindestens in Höhe der jeweiligen Inflationsraten an Wert gewinnen dürften. Der Kauf eines einzelnen Objektes (Wohnung) wird sich für viele Privatanleger allerdings als wenig sinnvoll erweisen. Die Wohnungsverwaltung dürfte eher komplizierter werden und wer nur einmal einem Mietnomaden aufgefressen ist, kennt auch alle anderen Probleme nur zu gut. Oftmals besser erscheint dagegen die Investition in einen gut und seriös verwalteten Immobilienfonds. Die Expertise und Vorteile eines derartigen Fonds reichen vom kostengünstigen Objektkauf über eine professionelle Verwaltung und spätere Abwicklung bis hin zu einer Risikostreuung, bei der die Zeichner eben nicht nur an einer oder wenigen Wohnungen „beteiligt“ sind, sondern an vielen Hundert oder gar mehreren Tausend. Befindet sich dazwischen ein Mietnomade, wirkt sich das wegen der Risikostreuung kaum mehr auf die einzelnen Anleger aus.

Wir verwiesen in den „Vertraulichen“ schon vor einigen Wochen auf einen neu aufgelegten Fonds, der den erfolgreichen Grundprinzipien einer seit rund zwei Jahrzehnten bewährten Fondsreihe folgt, die kurz und salopp mit einem fairen Umgang untereinander umschrieben werden können. Die Initiatoren und Verwalter gehen dabei nicht nur mit den Anlegern „fair“ um, sondern auch mit den Mietern der erworbenen Objekte. Diese danken dies (nicht immer, aber oft) mit zuverlässigen Mietzahlungen und Mieter treue – gerade in der heutigen Zeit. Ergebnis ist eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten.

Für interessierte Leserinnen und Leser stellen wir gerne einen völlig unverbindlichen Kontakt zu einem versierten Vermittler her, der Sie nach Erledigung der inzwischen von Rechts wegen erforderlichen Formalitäten über die mit dem neuen Fonds verbundenen Chancen und Risiken genau aufklären wird. Es ist eine unternehmerisch geprägte Immobilienbeteiligung mit einer relativ kurzen Planlaufzeit von nur wenigen Jahren und einer Mindestbeteiligungssumme von 25 000 € (im Ausnahmefall ab 10 000 €) zzgl. 5 % Agio, das bei planmäßiger Fondsabwicklung wieder erstattet wird. Wir bitten interessierte Damen und Herren, sich kurz und formlos an die Redaktion der „Vertraulichen“ in D-78266 Bisingen zu wenden (gerne auch per Mail unter verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de). (tb)

12 Für Sie aufgelesen:

„Wer weinende Erben hinterlassen will, darf keine Lebensversicherung abschließen.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Bisingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADESTENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggmann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.